

DIE LINKE.

BO Linden / Limmer

1. Mai 2017

Sich verarschen lassen oder für die eigenen Interessen kämpfen?



Fakten zur Wohnungssituation

- Hannovers Bevölkerung wuchs von 2007 bis 2016 um 33.000 Menschen. Es fehlen mehr als 20.000 Wohnungen. Der Wohnungsmarkt ist faktisch zusammengebrochen.
- Die Zahl der Wohnungslosen ist in Hannover im Jahr 2016 auf 4.000 Betroffene angestiegen.
- In Hannover kann von durchschnittlichen Mietpreissteigerungen von jährlich bis zu 10% ausgegangen werden.
- Die im Rahmen der Hartz IV-Regelungen festgelegten Mietobergrenzen sind um mindestens 50 Euro zu niedrig.
- Es gibt aktuell ca. 7.000 Aufforderungen der Jobcenter zur Mietkostensenkung bzw. zum Umzug in nicht vorhandene billigere Wohnungen. Das führt dazu, dass für immer mehr Menschen kein Existenzminimum garantiert ist, weil sie aus ihrem Regelsatz Mietanteile bestreiten müssen.
- Das Netzwerk „Wohnraum für Alle“ geht von ca. 400 Zwangsräumungen in Hannover pro Jahr aus.
- Zunehmend wird Wohnraum zweckentfremdet und umgewandelt, ob in Büroraum oder für kleine Hostels, wie in dem umkämpften Haus der Lenaustrasse.
- Immer häufiger werden Gewerbeflächen auf obskure Weise und aus Profitgier als Wohnräume angeboten, so in der Kesselstrasse in Limmer.

Es läuft etwas gehörig falsch in *Linden*

Die sozialen Konflikte in unserem Stadtteil verschärfen sich und werden auch für Außenstehende immer sichtbarer. Anfang März zogen zum zweiten Mal zwei Hundertschaften der Polizei auf, um den Bereich Köthnerholzweg / Limmerstrasse zum Sperrgebiet zu machen. Morgens um sechs Uhr. Und der Anlass war nicht der Auftakt der G20-Proteste.

Untermietverträge für Kioske, Büroflächen, Lagerräume. Wo Wohnungsnot herrscht, lässt sich mit allem Geld machen. Ein Sozialdrama vor unserer Haustür.

Im dritten Anlauf setzte die Polizei die Zwangsräumung gegen zwei Männer durch, die Leidtragende einer Gesetzesverschärfung sind, welche die Zwangsräumung Dritter ermöglicht. Beide hatten sich nichts zu Schulden kommen lassen und hatten als Untermieter pünktlich und vollständig ihre Miete gezahlt. Sie waren an betrügerische Hauptmieter geraten, die mit den Einnahmen aus den Untermietverträgen ihren angenehmen Lebenswandel bestritten und gegenüber dem Hausbesitzer Mietschulden in fünfstelliger Eurohöhe aufgetürmt hatten. Scheinbar ein klarer Fall. Aber im Gegenteil! Rechtswidrig nennt der Anwalt des Mieters die Räumung, denn Fristen seien nicht eingehalten worden. Das „Netzwerk_Wohnraum für Alle“ spricht von einer trotzigigen Machtdemonstration von Polizei und Justiz, nachdem zwei Räumungsversuche in den letzten Monaten gescheitert waren. Auch dank der sichtbaren Solidarität vieler, die sich der Räumung in den Weg stellten. Die zwei Betroffenen haben - erwartungsgemäß - keine eigenen Wohnungen gefunden, sondern nur kurzfristigen Unterschlupf.

Gegen Entmietung und gegen Zwangsräumungen Solidarität organisieren. Das MieterInnen Netzwerk mobilisiert Linden!

Auf Antrag der LINKEN hat der Bezirksrat Linden-Limmer nach Verzögerungen seitens der SPD erste dringend notwendige Gegenmaßnahmen beschlossen:

1. VermieterInnen im Stadtbezirk müssen bei Neuvermietungen die letzte gezahlte Miete anhand des bisherigen Mietvertrages

unaufgefordert nachweisen.

(Dadurch soll die Mietpreisbremse endlich Anwendung finden)

2. Es dürfen keine Zwangsräumungen im astronomischen Winter durchgeführt werden. Dabei sind auch die als Wohnung genutzten Flächen einzubeziehen, welche nach Nutzungsplänen keine Wohnfläche sind, die fälschlicherweise als solche vermietet wurden.

3. Es dürfen im Stadtbezirk keine Belegrechte mit Sozialbindung frühzeitig zurückgegeben werden. Alle Prozesse, welche dies vorsehen, müssen sofort gestoppt werden.

Linden und Limmer werden immer attraktiver. Nicht für alle! Du musst schon Kohle haben!

Ein Stadtteil verändert sich. Erst bemerken es nur die Nachbarn. Ein Haus wurde entmietet, dann kommt das Baugerüst und dann wohnen demnächst Wohlsituierte nebenan. Ein Mietshaus wurde in Eigentumswohnungen umgewandelt.

Wer Kohle genug hat, der kauft sich seine Wohngegend mit allem drum und dran. Beispiel Ricklingerstrasse: die ehemalige Hautklinik. Nicht dringend benötigte Sozialwohnungen sind hier entstanden, sondern ein Schönerwohnen im Hochpreissegment. Ein schönes Wassergrundstück, für das Bauvorschriften kurzerhand mit Ausnahmeregelungen außer Kraft gesetzt wurden. Herr Mönninghoff weiß all das zu schätzen. Man muss nur auf der Seite des Geldes stehen!

Zweihundert Meter entfernt – zum Glück der Reichen nicht in Sichtweite – stehen jede Woche diejenigen Schlange, die nicht auf der Seite des Geldes stehen. Am Dunkelberggang befindet sich die Lindener Tafel, bei der mehrere Hundert Bedürftige wöchentlich ihre Lebensmittel abholen und viele von ihnen zählen zu denen, die von Wohnungsnot betroffen sind. Ich stand dort über Monate mit ihnen zusammen. Der Dunkelberggang ist eine schmale Gasse ohne Durchgangsverkehr. Immer wieder fahren dort fette SUVs im Schrittempo vorbei und die Fahrer schauten sich die Armutsbevölkerung von Nahem an. Auch so kann man Armut in diesem Land betrachten.

Zwei weitere Großbauprojekte im Stadtteil stehen im Blickpunkt: Baubeginn der Wasserstadt in Limmer: der Contiturm ist schon eingestürzt. Nach neuesten Presseinformationen soll die Gebäudefront am Kanal nicht mehr zu retten sein. Wir dürfen gespannt sein, was Neuplanungen für dieses Areal vorsehen werden. Rückblickend wird die Bürgerbeteiligung an der Wasserstadt immer mehr zur Farce. Alles was sozialpolitisch und ökologisch sinnvoll gewesen wäre und von den Bürgern erwünscht war, ist dem Rotstift der Kapitalinteressen zum Opfer gefallen. Entstehen dort ausreichend Sozialwohnungen? Wird es ein lebenswerter Stadtteil? Zweifel sind angebracht!

Auf dem Gelände der ehemaligen Kesselfabrik in Limmer sollen 180 Wohnungen neu entstehen. Der Bezirksrat Linden / Limmer hat für eine Zustimmung für dieses Bauvorhaben klare Bedingungen gestellt, was den Anteil von Sozialwohnungen betrifft und die Zukunft der bisherigen 26 Mieter auf dem Gelände der Kesselstrasse. Werden diese Bedingungen gerade wieder von Verwaltung, Baubehörden und Investoren untergraben?
Jürgen Otte

netzwerk
**WOHNRAUM
FÜR ALLE**



CSD 2017

Die LINKE stellt sich que(e)r: gleiche Rechte für alle Menschen!

Christopher Street day, früher der „Hannover Pride“, ein Fest von und für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle und für alle anderen sexuellen Normalos. Am 28. Juni 1969 begannen in der Christopher Street im New Yorker Stadtteil Greenwich Village die Straßenschlachten gegen die diskriminierenden Razzien und Mißhandlungen von sexuellen Minderheiten. Daraus entstanden die Gay Pride genannten Paradezüge, die bald zu einem bunten Fest in aller Welt wurden. Eine lange Tradition in Hannover – auch dieses Jahr offen für alle mit viel Phantasie, bei hoffentlich strahlendem Sonnenschein und mit der Hoffnung auf das Ende der Unterdrückung von Minderheiten. Am dritten Juni ab 12.00 ist in Hannover auf dem Opernplatz der Start für dieses alternative Wochenendfest das bis Sonntag andauert.

Impressum

Herausgeber: Bezirksorganisation der LINKEN
Linden / Limmer

V.i.S.d.P.: Christian Gust

Ricklingerstrasse 22, 30449 Hannover

Die LINKE Linden / Limmer trifft sich regelmäßig
mittwochs um 19 Uhr im FZH Linden, Windheimstrasse 4.

Interessierte sind zu unseren Treffen und Vorträgen herzlich eingeladen.

Kontakt:

Christian.gust@die-linke-linden.de

Parwaneh.bokah@die-linke-linden.de

Fratzebuch: Die Linke Linden-Limmer

Grenzenlose Solidarität statt G20

Auch in Hannover organisiert sich die Debatte und der Widerstand gegen den G20 Gipfel

Veranstaltungsübersicht:

Dienstag, 2. Mai, 19 Uhr Schneiderberg **Agrarpolitik der G20 unter der Lupe**

Wie spiegeln sich globale Machtverhältnisse in der Lebensmittelproduktion wider, mit welchen Folgen für Gesellschaft und Umwelt.

Veranstalter: Grüne Jugend Hannover

Donnerstag 18. Mai, 19 Uhr, **Global gerecht statt G20**

Referent: Werner Rätz

Attac-Gruppe Hannover Ort der Veranstaltung auf www.attac-netzwerk.de/hannover

Dienstag, 23. Mai, 19 Uhr, Pavillon, Lister Meile 4

Weil Gesundheit keine Ware ist Interventionistische Linke mit VertreterInnen der Hamburger Poliklinik Gruppe

Donnerstag 25. Mai, 16 Uhr Königsworther Str. 2

Gegen die Kriege, die sie führen, den Frieden organisieren!

Über die Freiheitsbewegung Kurdistans und ihre Ablehnung von Nationalstaaten und Kapitalismus. Die Revolution in Rojava und die Ideen und die Praxis des demokratischen Konföderalismus.

NAV-DEM Hannover

Sonntag, 11.6. UJZ Kornstrasse

Aktionstraining

Aktionen des zivilen Ungehorsams, Vorbereitung, Erfahrungsaustausch und Aktionstechniken

Donnerstag 15. Juni, 19 Uhr, Pavillon

Informations- und Mobilisierungsveranstaltung

Überblick über in Hamburg Geplantes und Beteiligungsmöglichkeiten vom Bündnis „Hannover gegen G20“

G20

Es läuft etwas gehörig falsch auf der Welt

Kriege und bewaffnete Konflikte wie in Syrien, in Kurdistan, im Jemen, im Irak oder der Ukraine scheinen kein Ende zu nehmen. Weltweit werden jährlich 1,8 Billionen Euro für Rüstung und Krieg ausgegeben. Gleichzeitig steigen die Rüstungsexporte.

Über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Die Grenzen Europas und Deutschlands sind wieder abgeschottet. Auf der Suche nach Sicherheit ertrinken tausende Menschen im Mittelmeer, das zur tödlichsten Grenze der Welt geworden ist.

Rassismus und offener Hass nehmen in vielen Ländern der Welt zu – auch in Deutschland. Die Wahrheit ist kein Kriterium mehr, alles wird behauptet und herbei gelogen, wenn es nur Ängste und Vorurteile schürt. Die herrschende Politik gibt diesen Stimmungen nach und befeuert sie noch. Geflüchtete werden sogar wieder in Kriegsgebiete wie Afghanistan abgeschoben.

Der menschengemachte Klimawandel ist eine unbestreitbare und bedrohliche Realität. Seine Auswirkungen sind heute schon spürbar und treffen vor allem diejenigen Menschen und Länder, die ihn am wenigsten verursacht haben.(...)

Die soziale Spaltung hat dramatische Ausmaße erreicht. Gerade einmal 8 Männer haben mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Spaltung gibt es nicht nur im globalen Maßstab, sie durchzieht nahezu alle Gesellschaften, auch die deutsche! Millionen Menschen müssen sich mit Niedriglöhnen durchschlagen, haben keinerlei Aussicht auf eine existenzsichernde Rente, müssen um die wenigen bezahlbaren Wohnungen konkurrieren. Anstatt diese Probleme anzugehen, werden sie mit Freihandelsabkommen wie EPA, CETA, TISA oder TtiP noch verschärft.

Am 7. und 8. Juli wollen sich die politisch Verantwortlichen für dieses menschliche und soziale Desaster in Hamburg treffen. Auf ihrem jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten über „Bekämpfung von Fluchtursachen“, aber keines der großen Herkunftsländer sitzt am Tisch. Sie reden über „Partnerschaft mit Afrika“, aber es fehlt fast der gesamte Kontinent. Sie reden über den Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie. Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegsführenden und rüstungsproduzierenden Staaten.(...) Wir werden unsere Ablehnung der kalten und grausamen Welt des globalen Kapitalismus deutlich machen, wie sie von den G20 repräsentiert und organisiert wird. Wir werden unsere Solidarität mit all jenen zum Ausdruck bringen, die weltweit durch Proteste, Streiks oder Aufstände der Politik der G20 entgegnetreten. Unser Verlangen nach einer Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität wird unüberhörbar sein. (...) Gemeinsamer Aufruf gegen den G20 Gipfel.

Was zählt der Mensch?

Welche Versorgung, Pflege und menschliche Zuwendung erhalten wir bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit? *Was sind wir wert, wenn wir gerade keine Werte mehr schaffen?*

Unser Gesundheitssystem beantwortet diese Frage Tag für Tag. Leider nicht zum Wohlergehen der Menschen. Eine betriebswirtschaftliche „Logik“ hat den Bereich des Sozialen derart unterwandert, dass der Mensch zum Renditefaktor verkommen ist: Minutenpflege, Fallpauschalen, überall Quantifizierungen statt Qualität.

Ein Ärzte- und Pflegepersonalmangel ist eine weitere Folge dieser Entwicklung. Was sich nicht rechnet, wird abgebaut. Nach Angaben von VERDI fehlen allein in der Pflege mehr als 70.000 Stellen. Wieviel Patienten werden von einer Pflegekraft durchschnittlich versorgt? In Norwegen 3,8, in den Niederlanden 7, in Schweden 7,7, in der Schweiz 7,9, aber in Deutschland sind es am Tag 13 und in der Nacht 26 PatientInnen.

Im Bereich der Notfallmedizin wäre ein Schlüssel von höchstens 2 Patienten pro Pflegekraft geboten. In der Praxis sind es oft 4 -5. Auch im Langzeitpflegebereich, also den Seniorenheimen, sieht es nicht besser aus. Hier werden teilweise 88 Patienten in der Nacht von einem Pflegehelfer und einer Fachkraft versorgt. Meine eigene berufliche Erfahrung!

Das führt zu großen Risiken für die Patienten auch in hygienischer Hinsicht mit all seinen Folgen. Aber nicht nur die Würde der Kranken und Pflegebedürftigen wird untergraben, auch die der Pflegekräfte. Viele kehren ihrem Beruf den Rücken. Immer weniger Nachwuchs wird ausgebildet, weil dieser Beruf mit seiner Bezahlung und dem hohen Arbeitsdruck unattraktiv geworden ist.

In gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen, zum Beispiel in Berlin bei der Charité in den letzten 4 Jahren, geht es inzwischen weniger um Lohnzuwächse als darum, endlich mehr Personal einzustellen.

Das Gesundheitssystem ist krank.

Es ist Zeit, die Weichen anders zu stellen. Die LINKE fordert das Nebeneinander der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung zu beenden und eine Solidarischen Krankenversicherung für alle einzuführen. Alle Einkommensarten würden zur Finanzierung herangezogen und die paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll wieder hergestellt werden. Einseitige Zuzahlungen für Gesundheitsleistungen durch die Versicherten würden abgeschafft. Nach aktuellen Studien könnte der Beitragssatz auf unter 12% sinken. Das Konzept der Solidarischen Gesundheitsversicherung findet laut Umfragen die Zustimmung von weit über 70% der Bevölkerung.

Gegenwind kommt aus dem Bereich des Finanzkapitals, in erster Linie aus der Versicherungswirtschaft und von den Arbeitgebern.

Gegen diese Interessen müssen wir ein menschenwürdiges Gesundheitssystem erkämpfen. Im Alltag und bei der nächsten Wahl!

Christian Gust, Fachkrankenpfleger und BO-Vorsitzender

Mit dem Beginn des Wintersemesters 2016/17 hat sich in Hannover wieder eine Gruppe des Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbandes gegründet.

DIE LINKE.SDS ist bundesweit an über 50 Hochschulen vertreten und politisch sowie organisatorisch unabhängig von DIE LINKE. Mit dem Namen wird die gesellschaftliche Nähe zu dieser gezeigt und an die außerparlamentarische Tradition des SDS der 68er angeknüpft.

Gemeinsam streiten wir für bessere Studienbedingungen und nehmen an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft teil. Wir stellen uns gegen jede Form von Diskriminierung, Sozialabbau, Umweltzerstörung und Krieg.

SDS Gruppe

in Hannover neu gegründet

Neben wöchentlichen Plenen und regelmäßigen Stammtischen haben wir mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen Anfang Januar eine Mahnwache gegen das Sterben von Geflüchteten im Mittelmeer organisiert. Außerdem haben wir auf mehreren Veranstaltungen Referent*innen eingeladen, um über aktuelle politische Themen zu diskutieren, wie z.B. zu den Präsidentschaftswahlen in den USA und Frankreich. Mit themenbasierten Lesekreisen vertiefen wir unser Wissen immer weiter. Aber auch auf der Straße kämpfen wir regelmäßig in unterschiedlichen Bereichen und organisieren Demonstrationen gemeinsam mit anderen Jugendgruppen – wie etwa zur diesjährigen Demonstration zum Frauenkampftag.

Unsere Plenen stehen Studierenden offen. Diese finden jeden Donnerstag um 18:30 Uhr im Büro von DIE LINKE (Goseriede 8) statt. Du kannst uns auch unter sds-hannover@riseupt.net und auf **FB unter SDS Hannover** kontaktieren.

Wir freuen uns über Mitstreiter*innen!

Als „UNESCO City of Music“ rühmt sich die Stadt Hannover. Umso widersinniger ist die Tatsache, dass die Politik sich einerseits mit der musikalischen Vielfalt des Nachtlebens in Hannover schmückt und sich auf der anderen Seite für die Eliminierung eines wichtigen Kulturträgers einsetzt.

Seit über 22 Jahren bietet Béi Chéz Heinz an seinem Standort im Kellergeschoß des Fössebad Platz für Partys, Konzerte, Kleinkunst, Lesungen und eine interessante Begegnungskultur. Es gehört fest zu dem Stadtbild von Linden-Limmer, getreu unserem Spruch „Linden ist Weltkulturerbe“.

Heinz muss bleiben!

Ohne persönlichen Kontakt erfuhr das Chéz Heinz-Team durch die Presse vom 8. April, dass sie weichen müssen. Ein Armutszeugnis der Stadtverwaltung, wenn man bedenkt, dass das Heinz durch seine Arbeit dazu beigetragen hat, dass das privat geführte Fössebad mitfinanziert wurde. Das Heinz bekommt keine Subventionen von der Stadt wie vergleichbare Kultureinrichtungen (Faust, Pavillon) Dadurch hat die Stadt Hannover jahrzehntelang viel Geld gespart und dabei eine Menge Gewerbesteuer eingenommen.

Alle bisherigen Pläne für eine Sanierung bzw. den Neubau des Fössebad sahen die Weiterexistenz des Chez Heinz in seinen Räumlichkeiten vor. Dies war erklärter Wille aller Parteien des Bezirksrates Linden / Limmer. Ein vom Chéz Heinz beauftragter Architekt und Statiker ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Teil des alten Gebäudes mit dem Béi Chéz Heinz im Keller zu erhalten sei. Das würde bedeuten, dass dieser Ort für Kunst und Kultur kostenneutral weiterexistieren könnte. Über diese Möglichkeit und den erklärten politischen Willen setzt sich nun die Stadtverwaltung hinweg.

Mobilisieren wir gemeinsam den Widerstand!

Florian Rehberg

Ein Alter in Würde muss für alle drin sein!

Sowohl rot-grün unter Gerhard Schröder als auch schwarz-rot unter Angela Merkel haben das Niveau der gesetzlichen Rente gesenkt: von 53 Prozent in 2000 auf 48,2 Prozent im Jahr 2017. Bis zum Jahr 2030 wird es weiter auf 44,5 Prozent gesunken sein. Da die Löhne seit 2000 für einen Großteil der Beschäftigten gesunken oder nur leicht gestiegen sind, kann mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Alter nur mit einer gesetzlichen Rente auf Grundsicherungsniveau rechnen.

Die Altersarmut ist schon längst zum sozialen Pulverfass geworden. 2,7 Millionen Seniorinnen und Senioren leben bereits in Armut. Über eine Million Menschen machen im Rentenalter zusätzlich einen Minijob. Andere sammeln sogar Pfandflaschen. Gleichzeitig verdienen sich Versicherer und Banken eine goldene Nase mit dem Geschäft an der Riesterrente, der betrieblichen Altersvorsorge und anderen kapitalgedeckten Zusatzversicherungen.

Auf dieses Riesenproblem haben CDU, SPD und Grüne keine Antwort. Ministerin Nahles hat allen Ernstes angekündigt, die Altersarmut zu bekämpfen, indem sie die kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung weiter ausbaut. Statt die gesetzliche Rente zu stärken, macht sie also eine neue Pockerrente auf.

DIE LINKE macht da nicht mit!

Zu niedrige Löhne bedingen zwangsläufig Altersarmut. Das will nur keiner aussprechen. Wer den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro bezieht, müsste für eine Nettorente in Höhe der Grundsicherung mehr als 60 Jahre lang arbeiten. Das zeigt deutlich: Wir kommen an einer Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns und des Rentenniveaus nicht vorbei, wenn Arbeit nicht am Ende aufs Sozialamt führen soll. Der gesetzliche Mindestlohn muss heute schon mindestens 12 Euro betragen, wenn man nach 45 Jahren eine Rente oberhalb der Sozialhilfe erhalten will.

Österreich beweist, dass eine gute Rente für alle möglich ist, wenn alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente einzahlen. Dort liegt die Durchschnittsrente für Neuerrentete mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland.

Deswegen sagen wir: Lasst Euch nicht verarschen!

Wir fordern:

- **einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro**
- **Erhöhung des gesetzlichen Rentenniveaus auf 53 Prozent**
- **alle Erwerbstätigen müssen in die Rentenversicherung einzahlen**
- **eine Mindestrente von 1.050 Euro netto**

Jutta Krellmann, MdB
Gewerkschaftliche Sprecherin
Sprecherin für Arbeit und Mitbestimmung

Um 10.771,00 Euro pro Sekunde...

... steigt das Vermögen in Deutschland. Nur wir Normalsterbliche sehen davon nicht viel. Von den 11,6 Billionen Euro besitzt das reichste 1%, 34%, die reichsten 10% schon cirka 70% des Vermögens. Das ist alles Ergebnis einer gigantischen Umverteilung des Vermögens in den letzten zwei Jahrzehnten.

Während immer mehr Menschen in die Armut abrutschen, wurden Einkommensmillionäre in den letzten Jahren auch noch mit üppigen Steuergeschenken belohnt. Wie wir sehen, Geld ist genug da, es muss nur anders verteilt werden.

Wir von der LINKEN haben jetzt ein Steuerkonzept vorgelegt, was nicht nur durchgerechnet ist, sondern gleichzeitig für eine Umverteilung von den Reichen zu den mittleren und unteren Einkommen sorgt.

Der Grundfreibetrag wird um fast 4.000 Euro auf 12.600 Euro hochgesetzt. Das heißt, bis zu diesem Betrag werden überhaupt keine Steuern mehr erhoben.

Generell ist das Konzept so aufgebaut, dass bis zu einem monatlichen Bruttoeinkommen von 7.100 Euro weniger Steuern gezahlt werden müssen.

Erst danach beginnt die Progressionsstufe und schlägt mit einem Steuersatz von 60% zu. Der ab einem Monatseinkommen von knapp 20.000 Euro auf 75% steigt.

Insgesamt können durch das Steuerkonzept der LINKEN 177 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden. Allein durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ließen sich zusätzliche Einnahmen von ca. 80 Milliarden Euro erzielen. Das besondere hierbei: Diese Einnahmen würden den Bundesländern zu Gute kommen. Was könnte da nicht alles gemacht werden. Marode Schulen in Stand gesetzt werden. Mehr Lehrer einstellen. Ein ordentliches Gesundheitssystem, was dem Primat der Ökonomie entrissen ist und vieles mehr, wofür heute kein Geld da ist. Oder zumindest so getan wird.

Eins wird deutlich: Geld ist genug da, es muss nur anders verteilt werden. Sorgen wir dafür!

Andreas Braendle

Die Armut wächst!

Jeder fünfte Minderjährige in Deutschland lebt in Armut!

Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenwürde sind miteinander verbunden. Wie schnell können Menschen durch Armut in einer Gesellschaft zu Grunde gehen.

Nach der Definition der Europäischen Union sind Menschen arm, wenn sie weniger als 60% des nationalen Mittelwerts verdienen.

In Deutschland sind das ca. 930 Euro. Für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 lag die Armutsgrenze 2015 bei 1.978 Euro. 1,9 Millionen Kinder und Jugendliche und deren Familien leben mit Hartz IV. Damit sind ihre Bildungs- und Entwicklungschancen massiv beeinträchtigt. Ihre psychische und gesellschaftliche Situation, ihr Denken, Fühlen und Handeln wird davon bestimmt.

Gesellschaftliche Sicherheit führt zu seelischem und geistigen Wohlbefinden. Sie ist ein Zustand, in dem ein Mensch sein Potential voll ausschöpfen kann. Folge der Armut sind Mangelernährung, hohe Krankheitsanfälligkeit, soziale Isolation, Gewaltanwendung, Stimmungsschwankung, psychische Erkrankungen, Alkohol- und Drogenabhängigkeit.

Das Risiko, in die Armut abzugleiten, hängt in erster Linie von einer ausreichend bezahlten Erwerbstätigkeit ab. In Deutschland sind heute vor allem Erwerbslose und deren Angehörige, zu einem geringeren Anteil auch Geringverdienende von Armut betroffen bzw. unmittelbar von Armut bedroht.

Je geringer der Bildungsstand, desto größer ist das Risiko, in Armut abzugleiten. Nach wie vor haben Menschen mit einer guten Bildung die besten Chancen auf einen Arbeitsplatz. Stark gefährdet von Armut sind auch Senioren mit geringer Rente, Migranten, chronisch Kranke und Behinderte.

Die Geschichte wird von uns geschrieben, es ist Zeit für eine Veränderung.

Lange Zeit haben wenige Wohlhabende enorme Vermögen angehäuft, ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt die Hälfte des weltweiten Vermögens, die übrigen 99%, die diesen Reichtum ermöglicht haben, leben in finanzieller Sorge, in Ängsten und Unsicherheit.

Kinder und Jugendliche sind der Reichtum eines Landes. Sie dürfen nicht in Armut leben.

Woher soll das Geld kommen um diese Armut zu beseitigen?

TÄGLICH werden 100.000.000 Euro für Rüstung und Kriegsbeteiligung ausgegeben!

Parwaneh Bokah, BO-Vorsitzende

Jetzt wird Frankreich demontiert. Die Angst vor den Rechtsextremisten öffnet den Neoliberalen Tür und Tor.

Das klassische Parteiensystem Frankreichs ist mit den Präsidentschaftswahlen des vergangenen Wochenendes Geschichte geworden. Konservative und Sozialdemokraten (Sozialistische Partei) erreichen zusammen nur noch etwas mehr als ein Viertel der Wählerstimmen. Die Sozialisten landeten bei 6,4%.

Die abgewirtschafteten, von Korruption und Skandalen diskreditierten „Altparteien“ wurden abgestraft, nicht nur vom Wähler. Auch das herrschende Kapital hatte sie zumindest zum Teil schon vorher aufgegeben, zu unfähig waren sie, die Interessen der Wirtschaft und ihr Verlangen nach „Reformen“ umzusetzen.

Ein neues, unverbrauchtes politisches Projekt musste her. Ein junger Investmentbanker durfte den Franzosen erfolgreich vorgaukeln, die von ihm geplanten Veränderungen Frankreichs seien notwendig und in ihrem Interesse. Macron wird die Stichwahl gegen die Rechts-extreme Le Pen gewinnen und hat schon angekündigt, die 200.000 Hoffnungsträger seiner Wahlkampagne nicht zu enttäuschen. Zu den Parlamentswahlen werden sie als Partei und als deren Kandidaten gebraucht. Da lockt Geld und eine eigene Karriere.

Den bürgerlichen Parteien bleibt nichts anderes übrig als Macron in der Stichwahl zu unterstützen und zu hoffen, bei der Parlamentswahl nicht ganz unterzugehen.

Die Linke, die ihre parlamentarischen Hoffnungen auf Mélenchon gesetzt hatte, wird in den nächsten Wochen realisieren, um welche gesellschaftlichen Auseinandersetzungen es wirklich geht. Alle Errungenschaften der Linken und der französischen Gewerkschaften werden zur Disposition gestellt werden. Die 35-Stunden-Woche, das Renteneintrittsalter, der Kündigungsschutz, die Arbeitslosenversicherung und vieles mehr.

So wie die Sozialdemokratie Deutschlands den Begriff Reform ins Gegenteil entstellte, so wird jetzt Macron die französische Gesellschaft mit „Reformen“ terrorisieren. Die Neoliberalen Frankreichs haben 12 Jahre lang die „Erfolge“ und „Fehler“ der Agenda2010-Verfechter analysiert und werden noch geschickter die Franzosen einnebeln. „Sozialliberal“ und „ein wahrer Europäer“ sei Macron, so tönt es auch in den deutschen Medien und entsprechend lauten auch die Glückwünsche unserer neoliberalen Großkoalitionäre. Mit Macron haben sie ihren Wunschkandidaten für einen weiteren Umbau Europas im Sinne des Kapitals erhalten.

Den Lohnabhängigen Frankreichs bleibt nur eines: sie werden an die Protestbewegungen des letzten Jahres gegen die Arbeitsmarktreformen anknüpfen und den Widerstand gegen die Pläne Macrons auf die Strasse tragen müssen. Ihnen gehört unsere ganze Solidarität!

Jürgen Otte

DIE LINKE im Bezirksrat

Im letzten Herbst wurden die kommunalen Räte in Niedersachsen neu gewählt – dies bedeutete für die LINKE im Stadtbezirksrat Linden-Limmer auch einige Umstellungen. Zum einen konnten wir unser Wahlergebnis deutlich verbessern und sitzen nun mit einer vier-köpfigen Fraktion im Bezirksrat. Zum anderen sind aber auch damit drei Neue, neben mir Pia Fiedler und Luk List, zu Inga Schmalz in die Fraktion hinzugekommen. Sie hatte zuerst den Fraktionsvorsitz übernommen und diesen Anfang des Jahres an mich abgegeben. Das bedeutet Eini-ges zu lernen, zu entdecken und zu tun.

Bislang haben wir neben kommunalen Inhalten auch versucht Themen, in welchen häufig die Bundespolitik befragt wird, miteinzubringen und Relevanz herzustellen, wie z.B. bei der Wohnungsnot und Frieden. So konnten wir erreichen, dass der Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch von Friedensbüro und DFG-VK durch den Bezirksrat unterstützt wurde und wollen dies auch nächstes Jahr wieder versuchen. Ausserdem haben wir Zwangs-räumungen im Stadtteil kritisiert und im Bezirksrat thematisiert.

Dies kann aber immer nur gemeinsam mit Genoss*innen und Aktivist*innen gehen, gemeinsam mit anderen Bezirksräten und gemeinsam mit dem Stadtrat. Denn meist werden beschlossene Anträge von der Verwaltung nicht befolgt. Dies zeigt sich auch wieder rund um das Fössebad. So sehr es die Menschen in Linden und Limmer freut, dass es inzwischen einen Beschluß für den Neubau des Fössebades gibt, so sehr gibt es Kritik an der konkreten Umsetzung. Die Pläne der Verwaltung zielen auf eine Finanzierung als ÖPP-Projekt. Öffentlich-Private-Partnerschaften lehnt die LINKE ab, sie haben sich als zu teuer und zu nachteilig erwiesen, wie sich dies leider beim Misburger Bad gezeigt hat. Die Stadtverwaltung ignoriert hier eindeutige Beschlüsse des Bezirksrates und ignoriert vor allem die Interessen der Menschen vor Ort. So ist ein Erhalt von „Bei Chèz Heinz“ am Standort mehr als gewollt. (siehe Extraartikel hier in der Maizeitung)

Eins wird sich nicht ignorieren lassen. Bei den aktuellen Überlegungen einen Platz in Linden-Nord nach Halim Dener zu benennen, kann uns niemensch reinreden. Einen Ort zum Gedenken an den Tod dieses jungen Menschen ist mehr als überfällig.

Dave Müller, 24 Jahre alt, Fraktionsvorsitzender für DIE LINKE im Bezirksrat Linden-Limmer.

Unter LINKSFRAKTION.Linden-Limmer@gmx.de könnt ihr uns kontaktieren.

"...Wunder gibt es immer wieder..."

Alte Schnulzen und so manches Märchen aus der Kindheit faszinieren auch diejenigen, die es besser wissen. Zu hoffen, zu wünschen und zu träumen ist allen angenehmer als sich im angsteinflössenden, dunklen Wald sozialer Kälte und gesellschaftlicher Wahrheiten zu verirren.

Gebraucht wird ein Held, der ist der Gerechte und am Ende siegt das Gute. ...Und wenn sie nicht so unglaublich wären, dann lebten sie noch heute...

Seit Februar streift ein neuer Held durch den Märchenwald (oder ist es der Nottingham Forest?) und nimmt den Reichen und gibt den Armen. Und all die Seinen glauben wieder an Wunder. Schnell verbreitete sich überall im Lande die Kunde von diesem Helden und die erschöpften und geschöpften Untertanen schöpfen neue Hoffnung.

Soziale Gerechtigkeit. Verzaubert sind die Medien, geblendet die Gläubigen beim tiefen Blick in die Sonne, die ohne Unterlaß oder wie war das noch?

Wie ein Oppositionspolitiker tritt er vors Volk, macht vergessen, dass er überall dabei war und all das mitverantworten hat, was jetzt schnell vergessen sein soll. Alles neu, nicht nur das Gesicht. Abkehr von der Agendapolitik, die Partei wieder bei ihren Wurzeln. 100% Zustimmung kriegt sonst nur der liebe Gott in der Kirche. Ach bitte, lieber Gott, lass all das wahr sein. Glauben ist so etwas Schönes!

Was sind seine Verheißungen? Der sachgrundlosen Befristung will er an den Kragen und die ALG-Einser kriegen ihr "Q" dazu, ob Qualifikation oder Quatsch, wir werden sehen. Wer aber an den Kern von Hartz IV nicht ran will, der Liberalisierung des Arbeitsmarktes durch Leiharbeit, Minijobs und der ständigen Drohung mit viel zu niedrigen Regelsätzen dauerhaft zu verarmen, wer über Renten Kürzungen nicht reden will, **der sollte auch von sozialer Gerechtigkeit schweigen.**

Wunder und Wohltaten nach der Wahl soll es geben, wo es doch für einiges schon jetzt Mehrheiten gäbe. Wundersam das nichts passiert? Nein! Es ist schlicht nicht gewollt. Wer mit den Neoliberalen der FDP über eine Ampel redet, der will nur an die Macht und zum Beispiel keineswegs eine Vermögenssteuer einführen.

Soziale Gerechtigkeit. Überlassen wir es nicht den Medien und dem Messias diese Forderung zu einer Floskel verkommen zu lassen. **Kämpfen wir um sie!**

Der **1. Mai** ist der Tag dafür, den Forderungen der Lohnabhängigen, der Ausgebeuteten und Armen, Gehör zu verschaffen. Passiert das? Machen das zum Beispiel die

DGB Gewerkschaften in ihrer MaiZeitung? Die KollegInnen sprechen viele gesellschaftliche Themen an, stellen die richtigen Fragen, aber weichen oft klaren Antworten aus. Wer einen Kurswechsel will, muß deutlicher werden und auch Verantwortlichkeiten bisheriger Politik benennen. Mir drängt sich das Bild einer Umkehrung auf: als ich noch etwas jünger war musste die Sozialdemokratie auf die Gewerkschaften hören, wenn diese ausreichend Druck aufgebaut hatten. Heute erscheint es mir als müssten die Gewerkschaften auf die SPD hören und dies ohne Not. "Bitte Kollegen bleibt undeutlich, der große Vorsitzende weiß noch nichts genaues nicht".

"Nach wie vor finden wir in Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa". Gut und unschön. Aber warum keine Forderung nach Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro pro Stunde? Soviel müsste Mensch nämlich mindestens verdienen, um am Ende eines Erwerbslebens ein paar Cent Rente mehr als Grundsicherung zu bekommen.

"Kindern, alten Menschen, Erwerbslosen und Erwerbstätigen muss ein Leben in Würde möglich sein!" Einverstanden! Aber warum beklagen eine Rentnerin und ein Pastor die Armut dieser Menschen in der MaiZeitung und warum stellen die Gewerkschaften dort keine eigenen Forderungen? Mindestrente 1.050 Euro im Monat. Regelsätze für Hartz IV und andere Sozialleistungen sofort auf 560 Euro anheben, wie es die DIAKONIE fordert!

Wer ernsthaft einen Kurswechsel will und weiß, das alle Politik in Kompromissen endet und längeren Atem erfordert, der müsste wenigstens im Beginn Entschlossenheit behaupten!

Und noch eine Polemik zum Schluss: der Tarifabschluss der IG Metall, der eine Ausdehnung der Leiharbeit auf 48 Monate ermöglicht, wo gerade ab 1. April ein Gesetz in Kraft trat, dass die Leiharbeit auf 18 Monate begrenzte, ist mehr als ein falsches Zeichen, es ist ein Tritt in den Hintern aller, die diese unsägliche Leiharbeit abschaffen wollen! KollegInnen so nicht!

Jürgen Otte

**Grundrecht auf Wohnen,
Wohnen darf nicht arm machen,
Zwangsräumungen verhindern!**

Termin:
Dienstag, 23. Mai
18:00 Uhr
Bél Chéz Heinz,
Liepmannstraße 7B

Veranstaltung mit:

- Elke Kahr, Stadträtin Graz, Kommunistische Partei Österreich
- Dirk Machentanz, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover
- Holger Rosemeyer, Rechtsanwalt, Spezialist in Mietrechtsfragen

DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover